

Pulsnitzer Tageblatt

Pressdruck 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ercheint an jedem Werktag
Zur Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Bezirker keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,80 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Kontursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großhörn, Bretnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Förstler's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 289

Mittwoch, den 12. Dezember 1928

80. Jahrgang

Amlicher Teil.

Bekanntmachung

Offenlegung von Einheitswerten für Grundstücke

Listen über die vom Grundwertauschuss auf den 1. Januar 1928 festgestellten Einheitswerte von landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betrieben sowie Grundstücken werden für den Bezirk des Finanzamts Ramenz

in der Zeit vom 15. Dezember 1928 bis 14. Januar 1929

an hiesiger Amtsstelle, Zimmer 29, von früh 8 Uhr bis 12 Uhr öffentlich ausgelegt

Ramenz, den 13. Dezember 1928.

Finanzamt

Schwellen-Versteigerung!

Sonnabend, den 15. Dezember, 10,30 Uhr, werden auf Bahnhof Pulsnitz Sa. 1000 Stück Eisenbahnschwellen versteigert.

Bahnmeisterei Ramenz

haben im
Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Das Wichtigste

Kreuzer „Berlin“ hat am Montag in Port Said Kohlen übernommen und ist am Dienstag in Alexandria eingelaufen. Er wird am 20. 12. nach Korfu in See gehen.

Kreuzer „Emden“ ist am Montag in Villagarcia eingetroffen. Das Schulschiff des deutschen Schulschiffvereins, Schulschiff „Deutschland“, ist am 9. Dezember wohlbehalten in Dominica eingetroffen und wird am 13. Dezember nach Puerto Cabello (Venezuela) weiterfahren.

Reichskanzler Müller übermittelte namens der Reichsregierung Geheimrat Dr. Dove zur Vollenbung seines 75. Lebensjahres telegraphisch die besten Glückwünsche.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sind bei dem letzten Erdbeben in Chile Reichsdeutsche nicht zu Schaden gekommen.

Wie aus Mostau gemeldet wird, stieß der aus Tschechien kommende Schnellzug bei Kajan auf einen Güterzug, 7 Güterwagen und die Lokomotive des Schnellzuges wurden zerschmettert. Die Zahl der Opfer steht noch nicht fest.

Ueber das Befinden des englischen Königs wurde am Dienstag abend folgender Bericht ausgegeben: Der König hatte einen ruhigen Tag. Der Kräfteverfall hat sich nicht gesteigert, der Puls war gleichmäßig. Wie aus Messina gemeldet wird, wüthete am Montag über der Stadt und der Meerenge ein zyklonartiger Sturm, der großen Schaden anrichtete. An verschiedenen Stellen verursachte das Unwetter Ueberschwemmungen.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten

(Weihnachts- und Neujahrs-Glückwunschtelegramme) werden auch in diesem Jahre nach einigen Ländern Europas (u. a. Dänemark, Großbritannien, Oesterreich, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn), ferner über die Nabel- und Junitwege nach Nord-, Mittel- und Südamerika, Aegypten, Palästina, China, Japan, Niederländisch-Indien und den Philippinen befördert. Sie werden von den Post- und Telegraphen-Anstalten vom 15. Dezember 1928 bis 2. Januar 1929 angenommen. Die Telegramme erhalten z. T. feststehende Fassungen nach Auswahl der Absender; in der Telegrammausfertigung wird der vollständige Wortlaut wiedergegeben. Ueber die Gebühren und die Vorschriften für die Abfassung der Weihnachts- und Neujahrs-Glückwunschtelegramme geben die Post- und Telegraphen-Anstalten Auskunft.

(Weihnachts- und Neujahrsverkehr der Post.) Die Reichspost richtet an die Bevölkerung die Bitte, die Weihnachtspakete möglichst früh abzusenden, damit die Paketmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste anstauen. Pakete wie auch Päckchen sind haltbar zu verschüttern und genau zu adressieren. Die Bezeichnung „Päckchen“ ist deutlich anzubringen. Am 24. Dezember werden bei der Post Dienstbeschränkungen vorgenommen und die Schalter im Allgemeinen um 16 Uhr geschlossen. Auch der Verkehr am Jahreswechsel wickelt sich glatter ab, wenn die Briefsendungen möglichst früh aufgefertigt werden. Es wird auch dringend empfohlen, die Freimarken für Neujahrsbriefe nicht erst am 30. und 31. Dezember einzukaufen, damit im Schalterverkehr keine Störungen eintreten.

sek. (Erziehung evangelischer Führer.) Für die Zukunft der evangelischen Kirche kommt es nicht nur darauf an, daß der Nachwuchs wieder im Evangelium wurzelt, sondern daß auch Führer für die Gemeinden und für die Kirche heranwachsen, die bereit sind, mit gutem Beispiele voranzugehen und die Verantwortung für den Bau der Kirche mit zu tragen. Dazu müssen sie bewußt evangelisch erzogen sein. Das ist aber in den meisten höheren Schulen, aus denen diese Führer zuerst herauswachsen sollten, kaum noch möglich. Um so stärker sollte evangelischer Geist in den Familien gepflegt werden und im Hause herrschen. Wenn aber nun viele Eltern ihre Söhne aus dem

Strefemanns schwerer Stand gegenüber den Alliierten

Keine Erfolge der deutschen Delegation

Heute Aussprache zu Dreien — Ein abgelehnter Abrüstungsvorschlag im Unterhaus
Positive Ergebnisse in Lugano nicht zu erwarten

Lugano. Die bisherigen politischen Besprechungen in Lugano, die sich im wesentlichen auf Unterhaltungen zwischen Strefemann, Briand und Chamberlain, aber nicht etwa zu Dreien, sondern voneinander getrennt, erstreckt haben, haben keinerlei praktisches Ergebnis für Deutschland gehabt. Es ist noch niemals so deutlich hervorgetreten wie in Lugano, daß längst alle Hoffnungen auf irgendein Ergebnis der Locarno-Politik erledigt sind.

Briand und Chamberlain haben an ihrer Ablehnung des deutschen Rechtsstandpunktes in der Frage der vorzeitigen Räumung festgehalten. Man hat zwar untereinander über diesen Rechtsstandpunkt diskutiert, hat Artikel 431 des Vortrags von Versailles nochmals eingehend erörtert; man hat sich auch rückwärts blickend mit dem Ergebnis der Verhandlungen von Genf und der Vereinbarung vom 16. September sowie mit den dauernden Vorwürfen gegen den deutschen Außenminister, daß er von der Vereinbarung von Thoiry abgewichen sei, beschäftigt. Die Unterhaltungen haben aber meist nur rückblickenden Wert gehabt, und es ist nicht gelungen, zu irgendeiner Annäherung des Standpunktes zu kommen, zumal der deutsche Außenminister dazu den Rechtsstandpunkt, das letzte Rettungsmittel der Locarno-Freunde, hätte preisgeben müssen. Man scheint aber in den Unterhaltungen sowohl von französischer wie von englischer Seite auch den für Deutschland sehr peinlichen Vorschlag gemacht zu haben,

vorläufig alle Erörterungen über die Räumungsfrage zu verschieben

und zunächst nur die Reparationsfrage zu behandeln. Das würde praktisch bedeuten, daß Deutschland mit der dauernden Bedingung, daß später einmal vorzeitig geräumt werde, zu einem neuen Reparationsabkommen veranlaßt wird. Dann soll natürlich nach bewährtem Muster wieder eine neue Forderung für die vorzeitige Räumung, offenbar die Kontrollkommission für die entmilitarisierte Zone, aufgestellt werden. Auf diesem Wege will man das Geschäft einer besonders guten Reparationsvereinbarung machen, ohne später mit der vorzeitigen Räumung der besetzten Gebiete dafür zahlen zu müssen. Die Unterhaltungen zwischen Strefemann, Chamberlain und Briand werden zunächst in der Form von Gegenbesuchen des deutschen Außenministers bei Chamberlain und Briand fortgesetzt werden. Ob es zu einer Unterhaltung unter dreien oder gar zu einem Wiederaufleben der Genfer Verhandlungen unter sechs Mächten kommt, steht noch nicht fest. Man hat auf deutscher Seite an solchen Verhandlungen natürlich nur dann ein Interesse, wenn man ein Ergebnis erwarten kann, zumal man innerhalb der Delegation sich über die ersten innerpolitischen

Folgen eines völligen Fehlschlages der Verhandlungen in Lugano

kaum mehr im Zweifel ist. Die Note auf den deutschen Schritt vom 30. Oktober über die Zusammensetzung der Sachverständigenkonferenz wird nach hiesiger Auffassung in Berlin für die allerersten Tage erwartet. Es sollen in Lugano darüber Besprechungen stattfinden, wenn die Note nicht den Erwartungen der deutschen Regierung entspricht. Wahrscheinlich hat man vereinbart, daß die Sachverständigen durch die Regierungen ernannt werden, daß aber die Reparationskommission dabei für die alliierten Regierungen ein Mitwirkungsrecht hat. Ein gewisses Entgegenkommen Frankreichs und Englands für das Zustandekommen der Sachverständigenkonferenz ist unverkennbar. Das hat aber nur die Bedeutung, daß man möglichst schnell zu Reparationsverhandlungen kommen will, weil man augenblicklich bei Deutschland eine Geneigtheit zum Nachgeben vermutet.

Pessimismus im deutschen Lager.

Strefemanns Lage ist gegenüber den vereinten Bemühungen Briands und Chamberlains, Stimmung gegen Deutschland zu machen, geradezu erzwungen. Wie man bemerkt hat, sieht Strefemann sehr schlecht aus und war Montag abend im Hotel reichlich schwach. Man war erstaunt darüber, daß es ihm Mühe machte, einfachen Erörterungen zu folgen. Die Stimmung innerhalb der deutschen Delegation ist pessimistisch darüber, eine Räumung von 1935 herbeizuführen. Vielleicht zieht man nun die Folgerung daraus, mit allen Locarno-Hoffnungen Schluß zu machen. Nach der Wahl von Raas zum Zentrumsvorsitzenden scheint Dr. Strefemann auch mit Sorgen der kommenden außenpolitischen Debatte im Reichstag entgegenzusehen, wenn, wie jetzt schon festzustehen scheint, in Lugano kein deutscher Erfolg erreicht wird.

Worüber man in öffentlicher Sitzung berät.

Lugano. Der Völkerbundrat hat seine zweite öffentliche Sitzung gehalten. Sieben Fragen standen auf dem Programm der öffentlichen Sitzung und wurden rasch und ohne Entscheidung expediert: Eine Frage der Hygiene, eine betreffend die Schlafkrankheit (nicht die Schlafkrankheit des Völkerbundes, wie es im Programm heißt), zwei Opiumfragen, geistige Zusammenarbeit, Schaffung einer internationalen Polizei gegen Falschmünzerei und Schaffung der drahtlosen Station des Völkerbundes.

Heute Aussprache zu Dreien?

Berlin, 12. Dezember. Nach einer Meldung des „Volkswirtschafters“ aus Lugano hat man in den späten Abendstunden des Dienstag damit gerechnet, daß die gemeinsame Besprechung zwischen Dr. Strefemann, Chamberlain und Briand wahrscheinlich am Mittwoch stattfindet. Man befürchtet, daß der englische Außenminister mit Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Königs von England gezwungen sei, Lugano bereits am Donnerstag wieder zu verlassen.

Positive Ergebnisse in Lugano nicht zu erwarten

Eine Erklärung Chamberlains

Sir Austen Chamberlain hat am Dienstag Vertretern der englischen Presse erklärt, daß irgendwelche positiven Ergebnisse aus den gegenwärtigen Besprechungen in Lugano in keiner Weise zu erwarten seien. Es handelt sich bei der Aussprache zwischen den Ministern lediglich um einen allgemeinen persönlichen Gedankenaustausch.

Ein abgelehnter Abrüstungsvorschlag im Unterhaus

London. Im Unterhaus wurde am Dienstag an den Ministerpräsidenten Baldwin die Frage gerichtet, ob die britische Regierung bereit sei, allen Signatarmächten des Kriegsverzicht-Vertrages den Vorschlag zu unterbreiten, daß die Gesamtausgaben jeder einzelnen Signatarmacht für Rüstungen jeder Art und für die dem Heer, der Flotte und den Luftstreitkräften beigegebenen zivilen Verwaltungsstellen 12 v. H. des Gesamthaushaltes des Landes nicht übersteigen dürfen. In jedem folgenden Jahre wäre eine weitere Verminderung um eins v. H. vorzunehmen, bis nach 7 Jahren das Mindestmaß von fünf v. H. erreicht werde. Baldwin